

In Haigerloch gab es dagegen Bürgerproteste

Schon mehrere Gemeinden erteilten einer – wie in Dußlingen geplanten – Sondermüll-Mischanlage eine Abfuhr

Im Dußlinger Müllwerk soll Sondermüll gemischt werden (wir berichteten). An mehreren anderen Standorten blitzten Partner der Wacker Chemie AG mit diesem Vorhaben ab.

ULRICH EISELE

Dußlingen. 150 000 Tonnen „Versatzbaustoffe“ sollen künftig in der seit 1991 still stehenden Müllsortieranlage so gemischt werden, dass sie in alte Stollen des Salzbergwerks Haigerloch-Stetten eingebaut werden dürfen. Hinter dem Begriff Versatzbaustoffe verbergen sich gefährliche Substanzen: staubförmige Abfälle aus Müllverbrennungsanlagen sowie feuchte Abfälle aus galvanischen Betrieben, die Blei, Cadmium, Quecksilber, Dioxine und Furane enthalten können. In einem nach Bundesemissionschutzgesetz zugelassenen Ver-

fahren werden sie so gemischt, dass die Gifte bei Transport und Ablagerung im Salzstock nicht in die Umwelt gelangen können.

Ein einträgliches Geschäft. 100 bis 200 Euro pro Tonne rechnen Kenner für die Endlagerung. Bislang werden dem Salzbergwerk der weltweit operierenden Wacker Chemie AG die Versatzbaustoffe aus Brescia in Italien zugeliefert. Seit Jahren ist das Unternehmen aber auf der Suche nach einem regionalen Lieferanten. 2007 stellte die Abfallbehandlungsgesellschaft Stetten (ABGS) den Antrag für eine solche Anlage in der Nähe des Bergwerks. Das Vorhaben wurde nicht genehmigt – nicht zuletzt wegen des Widerstands einer Bürgerinitiative „Bürger informieren Bürger“.

Deren Sprecher Rolf Henle formuliert die Problematik so: „Der Staub wird aus Tanklastwagen in Silos eingeblasen – angeblich unter Luftabschluss. Aber wo etwas herein gebla-

sen wird, muss auch wieder etwas heraus kommen.“ Dass sich Schadstoffemissionen durch Filteranlagen verhindern lassen, davon ist Henle nicht zu überzeugen.

Genauere Informationen
nur nicht-öffentlich

Dass auch in Dußlingen Schadstoffe verarbeitet werden sollen, die nicht in die Umwelt gelangen dürfen, ist unbestritten. „Sonst müsste man die Stoffe nicht im Salzbergwerk einlagern“, sagt Abfallzweckverbands-Geschäftsführer Thomas Meyer-Knufinke. Doch die Vertreter der Wacker Chemie und des Schelklinger Recycling-Unternehmens SWS überzeugten ihn offenbar – genauso wie die Vertreter der Zweckverbandsversammlung und des Dußlinger Gemeinderats, die sie in mehreren Sit-

zungen – auch nicht-öffentlich – über ihr Projekt informierten.

So nahm der Dußlinger Gemeinderat bereits vor der ZAV-Entscheidung nicht-öffentlich zustimmend Kenntnis von dem Antragsverfahren. „Wir konnten das nicht einfach ablehnen“, begründet Bürgermeister Thomas Hölsch. „Wir haben im Steinig die Voraussetzungen dafür, das ist ein Industriegebiet. Jetzt muss erst mal emissionschutzrechtlich geprüft werden, was dort passiert und ob das zulässig ist.“

Keine Auskünfte, welche Stoffe in Dußlingen verarbeitet werden sollen und wie es zur Zusammenarbeit mit der Wacker Chemie kam, gibt derzeit noch der Geschäftsführer des Schelklinger Familienbetriebs SWS Florian Rombold. Nur so viel: „Wir haben mit Wacker schon in anderen Bereichen zusammengearbeitet.“

Sabine Kracht, Vertreterin der Grünen in der ZAV-Verbandsversamm-

lung, ist von Rombergs Seriosität überzeugt. „Er hat uns in nicht-öffentlicher Sitzung alles ausführlich dargestellt und ist uns auf keine unserer Fragen eine Antwort schuldig geblieben.“ Ähnlich äußerte sich auch SPD-Vertreterin Renate Schelling. Kracht findet zudem: „Der Müll wird hier in der Region erzeugt. Also haben wir auch die Verantwortung dafür, ihn zu beseitigen.“

Auf so viel Verantwortungsbewusstsein stießen die Wacker Chemie AG und ihr Kooperationspartner ABGS andernorts nicht. In Trossingen, wo bereits ein Grundstück erworben war, lehnte der Gemeinderat das Vorhaben ab, nachdem er durch eigene Recherchen von den Bürgerprotesten in Stetten erfahren hatte. Auch weitere Anfragen der ABGS in Tuningen, Zimmern und Empfingen scheiterten, nachdem dort die genauen Zusammenhänge des Vorhabens bekannt wurden.